

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/3

Bonn, den 7. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Ein bewegtes Jahr 50

Im Zeichen der Landtagswahlen

2 - 3 Olympia 1972 60

Noch läuft in der DDR eine Anti-München Kampagne

4 "Im Meer der Stürme gelandet" 34

Zivilverteidigungsbuch vermochte die Schweizer nicht zu "einen"

Von Hermann Battaglia, Bern

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kampf gegen das Kindersterben
In Berlin wird das erste Institut für perinatale Medizin entstehen

Frieda Jahn - 80 Jahre alt
Ihr Leben war Hilfsbereitschaft und Haltung

Vorschulklassen für die Fünfjährigen
Berufbildungschancen besser nutzen

Ein bewegtes Jahr

Im Zeichen der Landtagswahlen

sp - Innenpolitisch wird das erste Jahr dieses Jahrzehnts gewiß spannend und bewegt sein, erfüllt von Kämpfen und Auseinandersetzungen zwischen den Unionsparteien und den die Regierung tragenden Parteien, der SPD und FDP. Die in die parlamentarische Opposition gedrängten C-Parteien hatten schon kurz nach der Bestätigung der neuen Bundesregierung durch den Bundestag dieser Regierung einen harten und schonungslosen Kampf angesagt. Die neue Regierung, Ergebnis der Bundestagswahl vom 28. September, hatte dies erwartet. Es lag und liegt ihr nicht im Sinn, um Schonung zu bitten. Sie erwartet harte Kämpfe. Es fragt sich nur, ob sich die Unionsparteien immer an parlamentarische Regeln halten. An beunruhigenden Anzeichen fehlt es nicht. Die CDU/CSU, verführt durch eine zwanzigjährige fast uneingeschränkte Herrschaft, tut sich schwer, sich mit dem Verlust ihrer Machtstellung abzufinden. Sie hat noch keine rechte Mitte im Verhältnis der Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie gefunden.

Im Vordergrund des Ringens der politischen Kräfte in der Bundesrepublik stehen die in diesem Jahr fälligen Landtagswahlen. Etwa 24 Millionen Wähler sind zur Entscheidung aufgerufen. Den Reigen der Wahlen eröffnet die Freie Hansestadt Hamburg, gefolgt vom Saarland, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern. Die Unionsparteien werden alles, aber buchstäblich auch alles versuchen, der Bundesregierung über eine Veränderung der Zusammensetzung der Landtage und einer damit verbundenen Veränderung des Stimmenverhältnisses im Bundesrat zu ihren Gunsten Schwierigkeiten zu bereiten. Im Bundesrat verfügen gegenwärtig die CDU-regierten Länder über 21, die SPD geführten Länder über 20 Stimmen. Wollen die Unionsparteien über den Bundesrat Knüppel vor die Füße der Bundesregierung werfen? Sie haben es im Falle der Kriegsopferrentenerhöhung und des Ausgleichs für die Landwirtschaft als Folge der unausbleiblich gewordenen DM-Aufwertung schon getan. Hier war Demagogie im Spiele, auf Kosten der Interessen wichtiger Gruppen unseres Volkes.

Die für die Landtagswahlen von den Unionsparteien angelegte Strategie ist schon lange erkannt worden. Die Sozialdemokratie wird darauf die richtige Antwort zu finden wissen. Es wird den Unionsparteien nicht gelingen, das Ergebnis vom 28. September 1969 durch Landtagswahlen zu korrigieren. Sie rechnen nicht mit dem mündig gewordenen Bürger. Der mündige Bürger weiß Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit des politischen Willens von unterschwelligem Unterstellungen wohl zu unterscheiden. Diese Erfahrungen müssen die Unionsparteien noch mehrmals erleben, ehe sie ihren Standort finden, der sie berechtigt als überzeugungskräftige Gegenkraft zur Regierung aufzutreten.

Die kommenden Landtagswahlen dürften die politischsten Landtagswahlen seit Bestand der Bundesrepublik werden. Alle Parteien wissen, worum es hier geht. Bundesrepublikanische Aspekte dürften die Entscheidung der Wähler wesentlich mit beeinflussen. Im Grunde ist das gut so. Die Politisierung des Wählers stärkt unsere Demokratie. Immer mehr neigt er dazu, bei seinen Entscheidungen sich nicht von Emotionen, sondern vom Sachverstand leiten zu lassen. Und diesen hat die Sozialdemokratie gewiß nicht zu fürchten.

+ + +

Olympia 1972

Noch läuft in der DDR eine Anti-München Kampagne

EDSch. - Während sich die Sportler und ihre Organisationen in Ost und West auf die Olympischen Spiele 1972 in München und Kiel vorbereiten, stellen die DDR-Allgewaltigen zum derzeitigen Zeitpunkt noch politisch-taktische Überlegungen vor ihre sportlichen Konzeptionen. Das Selbstverständnis, das sich inzwischen im Hinblick auf das selbstverständliche Auftreten von DDR-Sportlern auf den Wettkampfbühnen der olympischen Stätten 1972 bei Sport und Politik in der Bundesrepublik herrscht, paßt scheinbar nicht in die noch laufende Anti-München-Kampagne der DDR-Organen. Doch mit zunehmendem Maße muß man auch dort feststellen, daß die scharf geschossenen Bälle Richtung München selbst in Ostblock-Staaten kaum angenommen werden.

Objektiv erfolgreich war die Berichterstattung des Präsidenten des Organisationskomitees für die Spiele 1972 in der Bundesrepublik, Willi Daume, und des Vizepräsidenten und Münchner Oberbürgermeister, Dr. Hans-Jochen Vogel, bei der 67. Session des Internationalen Olympischen Komitees im August vergangenen Jahres in Warschau. In Ostberlin schickte man als Antwort zwei Journalisten nach "Dachau und München", die auf "hitlerischem Boden" angeblich zu der Erkenntnis kamen: Nichts ist in Ordnung in diesem München. Zuvor hatte die DDR-Gesellschaft zur Förderung des Olympischen Gedankens eine Dokumentation über "Olympia und Deutsche" vorgelegt. Tenor: "Vom Pariser Militärattaché von Schwartzkoppen, der den Brief des Barons de Coubertin an die deutschen Sportler der Jahrhundertwende unterschlug, bis zu Willi Daume präsentiert sich eine Galerie von Deutschen, denen die olympische Idee wenig, die Interessen des deutschen Imperialismus alles bedeuten." Auf ähnlicher Welle bewegen sich die ständigen Kommentare im Ostberliner "Sportecho" und dem SED-Zentralorgan "Neues Deutschland".

Die bundesdeutschen Bemühungen zur Förderung des Sports, der

"Im Meer der Stürme gelandet"

Zivilverteidigungsbuch vermochte die Schweizer nicht zu "einen"

Von Hermann Battaglia, Bern

"Das Zivilverteidigungsbuch ist wie das Mondgefährt Apollo 12 nach jahrelangen Vorbereitungen im Meer der Stürme gelandet, hat dort Staub aufgewirbelt, seine Mission aber erfüllt." Mit diesen Worten verteidigte Bundespräsident von Moos im eidgenössischen Parlament die "Rote Fibel", die in der zweiten Hälfte 1969 auf Kosten des Bundes an alle Haushaltungen verteilt und künftig allen Neuvermählten abgegeben werden soll. Der technische Teil des Buches enthält zwar manch wertvollen Tip für die zivile Verteidigung in einem hoffentlich nie Wirklichkeit werdenden Ernstfall. Der ideologische Teil der Schrift, der sich mit der "Zweiten Form des Krieges" beschäftigt, glänzt hingegen vor allem dadurch, daß er "der Denkweise Stalins" entspricht und Formen der Bedrohung aufzischt, deren richtiger Platz die Kottenkiste wäre. Weitere Schwächen sind eine krasse Schwarz-Weiß-Malerei sowie eine Verdächtigung all jener, die nicht ganz dem schweizerischen Durchschnitt entsprechen. Die heftige Kritik, welche dieser Abschnitt des Zivilverteidigungsbuches in der Öffentlichkeit auslöste, wurde vorwiegend von Sozialdemokraten ins Parlament getragen.

Die Debatte hat nicht nur das Versprechen des Bundesrates, die Mängel der jetzigen Ausgabe in einer späteren Auflage zu korrigieren und das Volk künftig differenzierter über die Gefahr der Subversion und Infiltration zu informieren, gebracht. Sie hat leider einmal mehr bewiesen, welche schlechte Dienste extremistische Kreise jenen leisten, die mit demokratischen Mitteln gegen Verdröhtes und Falsches kämpfen. Die Tatsache, daß der Bundespräsident von Jugendlichen angeödet, daß Zivilverteidigungsbücher auf öffentlichen Plätzen verbrannt und sogar ein Anschlag auf den Dienstwagen eines der Autoren begangen worden war, bildeten Trümpfe in der Hand der Verteidiger des roten Büchleins. Alles in allem erbrachte die Debatte im eidgenössischen Parlament aber doch den Beweis dafür, daß das Zivilverteidigungsbuch zwar Staub aufgewirbelt, seinen Zweck aber nicht erfüllt hat. Nicht zuletzt beabsichtigten die Herausgeber nämlich, die Schweizer angesichts der hinter jeder Hausecke drohenden Gefahr zur "Einheit" aufzurufen. Ihr Erfolg: Die Gegensätze sind eher verstärkt und verschärft worden. Ob sich die "subversiven" Gestalten darüber wohl ins Päustchen lachen?